

## Gesetz über die Familienzulagen

1. Gesetz über die Familienzulagen  
vom 8. Februar 2004
2. Ausführungsbestimmungen  
zum Gesetz über die Familienzulagen  
vom 1. Juni 2004

gültig ab 1. Januar 2005

---

## Legge cantonale sugli assegni familiari

1. Legge sugli assegni familiari  
del 8 febbraio 2004
2. Disposizioni di attuazione  
della legge sugli assegni familiari  
del 1° giugno 2004

valido a partire dal 1° gennaio 2005



# Gesetz über die Familienzulagen (KFZG)

Vom Volke angenommen am 8. Februar 2004<sup>1)</sup>

---

## I. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1

<sup>1</sup> Erwerbstätige erhalten zum teilweisen Ausgleich ihrer Familienlasten Zweck Familienzulagen nach Massgabe dieses Gesetzes.

<sup>2</sup> Die Familienzulagen für Arbeitnehmende bilden eine Ergänzung des Lohnes. Sie dürfen diesen in keiner Weise beeinflussen.

### Art. 2

<sup>1</sup> Dem Gesetz sind unterstellt:

Unterstellte  
Personen

- a) Arbeitgebende mit Wohn- oder Geschäftssitz im Kanton Graubünden, die dauernd oder vorübergehend einen oder mehrere Arbeitnehmende beschäftigen;
- b) Arbeitgebende, die zwar keinen Wohn- oder Geschäftssitz im Kanton haben, aber auf Kantonsgebiet in einer Zweigstelle oder Betriebsstätte Arbeitnehmende beschäftigen;
- c) auf Antrag die hauptberuflich Selbständigerwerbenden mit Wohn- und Geschäftssitz im Kanton Graubünden. Wird die Unterstellung verlangt, dauert sie mindestens bis zum Zeitpunkt, in welchem das den Anspruch begründende Kind das 16. Altersjahr vollendet hat oder die selbstständige Erwerbstätigkeit aufgegeben wird.

<sup>2</sup> Nicht unter das Gesetz fallen die Arbeitgebenden und Selbständigerwerbenden in der Landwirtschaft sowie die eidgenössischen Verwaltungen und Betriebe.

### Art. 3

Soweit dieses Gesetz nichts Abweichendes vorsieht, finden das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG)<sup>2)</sup> und das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)<sup>3)</sup> sinngemäss Anwendung. Letzteres insbesondere mit Bezug auf die Bestimmungen über die Arbeitgeberhaftung und die strafbaren Handlungen.

Subsidiäres Recht

---

<sup>1)</sup> B vom 1. Juli 2003, 85; GRP 2003/2004, 390

<sup>2)</sup> SR 830.1

<sup>3)</sup> SR 831.10

**II. Familienzulagen****Art. 4**

Art und Ansatz

<sup>1</sup> Die Familienzulage besteht in einer Kinderzulage für jedes Kind, welches das 16. Altersjahr noch nicht vollendet hat. Die Altersgrenze beträgt 20 Jahre für Kinder, die erwerbsunfähig sind und keine Invalidenrente gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung beziehen.

<sup>2</sup> Für Kinder in Ausbildung dauert der Anspruch so lange, bis die Ausbildung ordentlicherweise abgeschlossen werden kann, längstens aber bis zum vollendeten 25. Altersjahr.

<sup>3</sup> Der Mindestansatz der Familienzulage beträgt je Monat

- a) 175 Franken für Kinder bis zur Vollendung des 16. Altersjahres;
- b) 200 Franken für Kinder nach Vollendung des 16. Altersjahres (Ausbildungszulage).

<sup>4</sup> Wenn die finanzielle Lage der Familienausgleichskassen es erlaubt, ist die Regierung befugt, die Mindestansätze zu erhöhen. Die Regierung prüft periodisch die Anpassung der Mindestansätze an die Teuerung.

**Art. 5**

Berücksichtigte Kinder

<sup>1</sup> Die anspruchsberechtigten Personen erhalten Zulagen für:

- a) eigene und adoptierte Kinder;
- b) andere Kinder, deren Unterhalt sie zu einem wesentlichen Teil bestreiten.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf Familienzulagen entsteht am ersten Tag des Geburtsmonats des Kindes. Er erlischt am Ende des Monats, in welchem die Voraussetzungen für den Bezug dahinfallen.

**Art. 6**

Anspruchsvoraussetzungen und -dauer

<sup>1</sup> Anspruch auf Familienzulagen haben:

- a) Arbeitnehmende, die im Dienste einer oder eines dem Gesetz unterstellten Arbeitgebenden stehen, sofern der Beschäftigungsgrad mindestens 20 Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit beträgt und ein branchenüblicher Lohn bezogen wird. Zwei oder mehr Teilpensen von unter 20 Prozent können zusammengezählt werden.
- b) die dem Gesetz unterstellten Selbstständigerwerbenden.

<sup>2</sup> Erfüllt eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer den Mindestbeschäftigungsgrad gleichzeitig bei zwei oder mehr Arbeitgebenden oder erfüllt sie oder er den Anspruch aufgrund der Addition von Teilpensen, ist die Zulage über diejenige Arbeitgeberin oder denjenigen Arbeitgeber zu beziehen, welche oder welcher den höchsten Lohn ausrichtet. Der Anspruch als Selbstständigerwerbende oder Selbstständigerwerbender geht demjenigen als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer vor.

<sup>3</sup> Der Anspruch auf Familienzulagen entsteht und erlischt:

- a) mit dem Lohnanspruch der Arbeitnehmenden;
- b) mit der Aufnahme und Aufgabe der selbstständigen Erwerbstätigkeit.

#### **Art. 7**

<sup>1</sup> Familienzulagen für im Ausland wohnhafte Kinder werden nur unter Vorbehalt des Gegenrechts sowie nach Massgabe der Kaufkraft im entsprechenden Land ausbezahlt. Der Anspruch endet auf jeden Fall am Ende des Monats, in welchem das Kind das 16. Altersjahr vollendet.

Kinder im  
Ausland

<sup>2</sup> Vorbehalten bleiben die Staatsverträge.

#### **Art. 8**

<sup>1</sup> Erfüllen mehrere Personen aufgrund dieses Gesetzes die Voraussetzungen für den Bezug der Familienzulagen für das gleiche Kind, darf nur eine Familienzulage gewährt werden. Der Anspruch auf Familienzulagen steht in diesem Fall der Reihe nach zu:

Anspruchskonkurrenz

- a) der Person, unter deren Obhut das Kind steht;
- b) der Person, welche die Anspruchsberechtigten gemeinsam bestimmen, wenn das Kind unter ihrer gemeinsamen Obhut steht;
- c) der Person, die überwiegend für den Unterhalt des Kindes aufkommt.

<sup>2</sup> Werden für ein Kind Zulagen aufgrund einer anderen gesetzlichen Regelung ausbezahlt, werden diese an die Zulagen nach diesem Gesetz angerechnet.

<sup>3</sup> Vorbehalten bleiben die Bestimmungen in Staatsverträgen und interkantonalen Vereinbarungen.

#### **Art. 9**

<sup>1</sup> Der Anspruch auf Familienzulagen ist bei der zuständigen Familienausgleichskasse geltend zu machen. Die Regierung regelt die Einzelheiten der Anmeldung und der Meldepflicht.

Anmeldung und  
Auszahlung

<sup>2</sup> Die Familienausgleichskassen setzen die Familienzulagen fest. Die Arbeitgebenden zahlen die Zulagen an die Arbeitnehmenden nach den Weisungen der zuständigen Familienausgleichskasse aus.

<sup>3</sup> Bezugsberechtigte, die gerichtliche Unterhaltsbeiträge für Kinder leisten müssen, haben die Familienzulagen zusätzlich zu den gerichtlichen Unterhaltsbeiträgen zu erbringen.

<sup>4</sup> Bietet die anspruchsberechtigte Person keine Gewähr für eine zweckmässige Verwendung der Familienzulagen, sind diese jener Person, Behörde oder Institution auszurichten, die für das Kind sorgt. Unter derselben Voraussetzung können die Zulagen auch direkt an das in Ausbildung stehende mündige Kind ausbezahlt werden.

**Art. 10**

Verjährung

Die Nachforderung nicht bezogener Familienzulagen ist auf die letzten zwei Jahre vor der Erhebung des Anspruchs beschränkt.

**III. Organisation****Art. 11**

Durchführungsstellen

Durchführungsstellen sind:

- a) die Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden;
- b) die anerkannten Abrechnungsstellen;
- c) die anerkannten privaten Familienausgleichskassen der Berufsverbände;
- d) die Arbeitgebenden.

**Art. 12**

Kantonale Kasse

<sup>1</sup> Der Kanton führt unter der Bezeichnung „Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden“ eine kantonale Kasse als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Chur. Ihre Geschäftsführung wird von der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden (SVAG) wahrgenommen. Sie hat diese dafür zu entschädigen.

<sup>2</sup> Die SVAG untersteht bezüglich Wahrnehmung der Geschäftsführung für die kantonale Familienausgleichskasse der gleichen Aufsicht durch die Verwaltungskommission wie für ihre übrigen Geschäfte. Die Revisionsstelle der SVAG ist zugleich Revisionsstelle der Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden.

**Art. 13**

Anerkannte Abrechnungsstellen

Soweit es die Familienzulagen für Arbeitnehmende betrifft, kann die kantonale Kasse die Durchführung des Gesetzes den AHV-Verbandsausgleichskassen (Abrechnungsstellen) übertragen und entsprechende Verträge abschliessen. Die Abrechnungsstellen haben über die Beiträge und die ausbezahlten Familienzulagen mit der kantonalen Kasse periodisch abzurechnen.

**Art. 14**

Anerkannte private Familienausgleichskassen

<sup>1</sup> Die bestehenden privaten Familienausgleichskassen sind anerkannt, sofern sie Gewähr für eine geordnete und gesetzmässige Tätigkeit bieten.

<sup>2</sup> Die Errichtung neuer privater Familienausgleichskassen ist ausgeschlossen.

<sup>3</sup> Die im Kanton Graubünden tätigen anerkannten privaten Familienausgleichskassen haben der SVAG jährlich den Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und den Revisionsbericht einzureichen und allfällige weitere von der SVAG verlangte Auskünfte über die Geschäftsführung sowie über

die von ihren Mitgliedern im Kanton Graubünden ausgerichteten Lohnsummen zu erteilen.

<sup>4</sup> Erfüllt eine private Familienausgleichskasse die gesetzlichen Voraussetzungen nicht mehr und stellt sie den gesetzmässigen Zustand innerhalb angemessener Frist nicht wieder her, widerruft die Regierung die Anerkennung.

<sup>5</sup> Ein allfälliger Liquidationsüberschuss nach Auflösung einer privaten Familienausgleichskasse wird gemäss deren Statuten verwendet. Mangels einer statutarischen Bestimmung fällt der Überschuss in den Lastenausgleichsfonds.

#### **Art. 15**

<sup>1</sup> Der kantonalen Familienausgleichskasse haben alle Arbeitgebenden beizutreten, die keiner anerkannten privaten Familienausgleichskasse angeschlossen sind. Die Selbstständigerwerbenden, die Anspruch auf Familienzulagen erheben, haben ungeachtet der Kassenzugehörigkeit gemäss AHVG <sup>1)</sup> der kantonalen Kasse beizutreten.

Kassenzugehörigkeit

<sup>2</sup> Den privaten Familienausgleichskassen haben Arbeitgebende beizutreten, die einem Gründerverband angehören.

<sup>3</sup> Arbeitgebende, deren Betriebskosten im wesentlichen Umfang vom Kanton und von den Gemeinden bestritten werden, haben der kantonalen Familienausgleichskasse beizutreten.

<sup>4</sup> Die SVAG kontrolliert die Kassenzugehörigkeit.

### **IV. Finanzierung und Lastenausgleich**

#### **Art. 16**

<sup>1</sup> Die Familienausgleichskassen erheben von den ihnen angeschlossenen Arbeitgebenden Beiträge in Prozenten des AHV-beitragspflichtigen Einkommens der Arbeitnehmenden. Die Beiträge dienen der Finanzierung der Familienzulagen, der Verwaltungskosten, des Beitrags für die Familienzulagen für Selbstständigerwerbende, der Ausgleichsabgabe sowie zur Äufnung eines Reservefonds.

Beiträge der Arbeitgebenden, Reservefonds

<sup>2</sup> Der Reservefonds muss mindestens 50 Prozent des voraussichtlichen Jahresaufwandes betragen. Die Familienausgleichskassen haben den Reserveanteil für ihre Mitglieder im Kanton Graubünden jährlich auszuscheiden.

<sup>3</sup> Die Regierung setzt den Beitrag fest, den die der kantonalen Kasse angeschlossenen Arbeitgebenden zu entrichten haben. Dieser Beitrag darf höchstens 2,4 Prozent der AHV-beitragspflichtigen Lohnsumme betragen.

---

<sup>1)</sup> SR 831.10

Beiträge der  
Selbstständiger-  
werbenden und  
der Kassen

### Art. 17

<sup>1</sup> Die Familienzulagen für Selbstständigerwerbende samt Verwaltungskosten werden finanziert durch

- a) einen von der Regierung festzusetzenden Beitrag der bezugsberechtigten Selbstständigerwerbenden von höchstens 2,4 Prozent des AHV-beitragspflichtigen Einkommens;
- b) einen von der Regierung festzusetzenden jährlichen Beitrag der Familienausgleichskassen für Arbeitnehmende von höchstens 0,25 Prozent der von ihren Mitgliedern im Kanton Graubünden ausgerichteten AHV-beitragspflichtigen Lohnsumme.

<sup>2</sup> Über die Familienzulagen an Selbstständigerwerbende ist gesondert Rechnung zu führen.

### Art. 18

Lastenausgleich  
1. Ausgleichs-  
abgabe

<sup>1</sup> Die im Kanton Graubünden tätigen Familienausgleichskassen entrichten eine jährliche Abgabe zum Ausgleich der Lasten. Daraus wird ein Ausgleichsfonds gespeisen, der von der SVAG verwaltet wird.

<sup>2</sup> Die Regierung setzt die Höhe der Ausgleichsabgabe fest. Sie beträgt höchstens 0,3 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsumme.

### Art. 19

2. Ausgleichs-  
beitrag

<sup>1</sup> Kassen, deren anrechenbare Aufwendungen die anrechenbaren Erträge übersteigen, erhalten einen Ausgleichsbeitrag in der Höhe der Differenz.

<sup>2</sup> Als anrechenbare Aufwendungen gelten:

- a) die Zulagen an die Arbeitnehmenden im Rahmen der vorgeschriebenen Mindestansätze sowie weitere Aufwendungen der Leistungs- und Beitragsrechnung;
- b) die Ausgleichsabgabe;
- c) der Beitrag an die Familienzulagen für Selbstständigerwerbende.

<sup>3</sup> Als anrechenbare Erträge gelten die Beiträge der Arbeitgebenden, berechnet nach dem für die kantonale Kasse geltenden Satz, sowie weitere Erträge der Leistungs- und Beitragsrechnung.

<sup>4</sup> Kassen, deren Reserven am 31. Dezember den Jahresaufwand übersteigen, erhalten keinen Ausgleichsbeitrag.

### Art. 20

3. Durchführung

<sup>1</sup> Die SVAG erhebt die Ausgleichsabgaben und richtet die Ausgleichsbeiträge aus.

<sup>2</sup> Die Verwaltungskosten für die Durchführung des Lastenausgleichs werden vom Ausgleichsfonds getragen und sind diesem durch die SVAG separat in Rechnung zu stellen.



## V. Rechtspflege

### Art. 21

Gegen Verfügungen der Familienausgleichskassen können die Betroffenen innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Entscheides schriftlich oder – bei persönlicher Vorsprache – mündlich bei der verfügenden Stelle Einsprache erheben.

Einsprache

### Art. 22

Gegen Einspracheentscheide der Familienausgleichskassen kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Einspracheentscheides Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden erhoben werden.

Beschwerde

### Art. 23

<sup>1</sup> Bei einer Streitigkeit über die Kassenzugehörigkeit können die Beteiligten die Regierung anrufen.

<sup>2</sup> Gegen den Entscheid der Regierung kann innerhalb von 30 Tagen seit Mitteilung des Entscheides Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden erhoben werden.

Streitigkeiten  
über die  
Kassenzugehörigkeit

## VI. Schlussbestimmungen

### Art. 24

Die Regierung erlässt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen<sup>1)</sup>.

Ausführungs-  
bestimmungen

### Art. 25

Die Regierung ist ermächtigt, mit anderen Kantonen zur Vermeidung von Zuständigkeitsstreitigkeiten Vereinbarungen auf Gegenseitigkeit abzuschliessen. Diese können insbesondere bezüglich der Unterstellung unter das Gesetz und der Bezugsberechtigung von den vorliegenden Bestimmungen abweichen.

Interkantonale  
Vereinbarungen

### Art. 26

Das Gesetz über die Familienzulagen vom 26. Oktober 1958<sup>2)</sup> wird aufgehoben.

Aufhebung  
bisherigen Rechts

### Art. 27

<sup>1</sup> Die Erhebung der Ausgleichsabgabe und die Ausrichtung der Ausgleichsbeiträge erfolgt erstmals im Jahr nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes aufgrund der Zahlen des Vorjahres.

Übergangs-  
bestimmungen

---

<sup>1)</sup> BR 548.120

<sup>2)</sup> AGS 1959, 1; Änderungen gemäss Register AGS

<sup>2</sup> Zweigstellen und Betriebsstätten, die gestützt auf Artikel 2 der aufgehobenen Vollziehungsverordnung vom 26. Mai 1959<sup>1)</sup> einer Familienausgleichskasse eines anderen Kantons angeschlossen sind, dürfen unabhängig von bestehenden interkantonalen Vereinbarungen bei dieser verbleiben.

**Art. 28**

In-Kraft-Treten

Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens<sup>2)</sup> dieses Gesetzes.

---

<sup>1)</sup> AGS 1959, 6: Änderungen gemäss Register AGS

<sup>2)</sup> Mit RB vom 1. Juni 2004 auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.

# Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Familienzulagen (ABzKFZG)

Von der Regierung erlassen am 1. Juni 2004

---

## I. Allgemeine Bestimmungen

### Art. 1

<sup>1</sup> Die Begriffe Arbeitnehmende, Arbeitgebende und Selbstständigerwerbende richten sich nach dem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) <sup>1</sup>.

Unterstellte  
Personen

<sup>2</sup> Arbeitnehmende ohne beitragspflichtige Arbeitgebende sind den Selbstständigerwerbenden gleichgestellt.

<sup>3</sup> Als hauptberuflich selbstständigerwerbend gilt, wer den Lebensunterhalt für sich und seine Familie ganz oder überwiegend aus dem Ertrag der selbstständigen Erwerbstätigkeit bestreitet.

## II. Familienzulagen

### Art. 2

<sup>1</sup> Als erwerbsunfähig gelten Kinder, die aus gesundheitlichen Gründen keinen zureichenden Erwerb erzielen können oder nicht in der Lage sind, eine Ausbildung zu absolvieren.

Familienzulagen  
für erwerbs-  
unfähige Kinder

<sup>2</sup> Die Erwerbsunfähigkeit wird durch ärztliches Zeugnis nachgewiesen.

### Art. 3

<sup>1</sup> Als Ausbildung gilt eine Tätigkeit, die der systematischen Vorbereitung auf eine zukünftige Erwerbstätigkeit dient und mindestens einen Monat dauert, insbesondere:

Ausbildungs-  
zulagen

- das Absolvieren einer Berufs- oder Anlehre sowie der Besuch einer Mittelschule;
- der Besuch einer Fortbildungs- oder Berufsschule, einer höheren Lehranstalt oder einer Hochschule, sofern der Schulbesuch wöchentlich mindestens 20 Stunden umfasst;
- berufliche Massnahmen der Invalidenversicherung.

---

<sup>1</sup> SR 831.10

<sup>2</sup> Wartezeiten zwischen zwei Ausbildungen bis zu sechs Monaten sowie das Absolvieren von schweizerischem Militärdienst oder zivilem Ersatzdienst unterbrechen den Anspruch auf Ausbildungszulagen nicht.

<sup>3</sup> Eine Ausbildung im Ausland wird anerkannt, wenn die Lehre oder der Schulbesuch einer Ausbildung in der Schweiz gleichwertig ist.

#### Art. 4

Familienzulagen bei unverschuldetem vorübergehendem Lohnausfall

<sup>1</sup> Arbeitnehmende, deren Lohnanspruch wegen unverschuldeter Arbeitsunfähigkeit vorübergehend erlischt, ohne dass das Dienstverhältnis aufgelöst wird, haben für den Monat des Wegfalls der Lohnfortzahlungspflicht und für den Monat der Wiederaufnahme der Arbeit Anspruch auf die volle Familienzulage.

<sup>2</sup> Wird die Lohnfortzahlungspflicht im Krankheitsfall vom Arbeitgebenden durch den Abschluss einer Krankentaggeld-Versicherung abgegolten, so dauert der Anspruch auf Kinderzulagen so lange, wie Lohn bezahlt werden müsste, wenn keine Abgeltung erfolgte.

#### Art. 5

Zulagenansätze

<sup>1</sup> Der Mindestansatz der Kinderzulage beträgt je Monat:

- a) 185 Franken für Kinder bis zur Vollendung des 16. Altersjahres;
- b) 210 Franken für Kinder nach Vollendung des 16. Altersjahres.

<sup>2</sup> Die Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden richtet den Mindestansatz aus.

#### Art. 6

Kinder im Ausland

<sup>1</sup> Die Zulagenansätze für Kinder mit Wohnsitz im Ausland werden unter Vorbehalt der Staatsverträge nach dem Unterschied zwischen dem gesetzlichen Mindestansatz und dem kaufkraftbereinigten Ansatz berechnet.

<sup>2</sup> Die Ansätze entsprechen:

- a) dem gesetzlichen Mindestansatz, wenn der Unterschied weniger als 25 Prozent beträgt;
- b) 75 Prozent des gesetzlichen Mindestansatzes, wenn der Unterschied zwischen 25 und 50 Prozent beträgt;
- c) <sup>1)</sup> 50 Prozent des gesetzlichen Mindestansatzes, wenn der Unterschied zwischen 50 und 75 Prozent beträgt;
- d) <sup>2)</sup> 25 Prozent des gesetzlichen Mindestansatzes, wenn der Unterschied mehr als 75 Prozent beträgt.

<sup>3</sup> Die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Graubünden (SVAG) veröffentlicht jährlich eine Zusammenstellung der Ansätze.

<sup>1)</sup> Fassung gemäss RB vom 23. November 2004

<sup>2)</sup> Einfügung gemäss RB vom 23. November 2004

**Art. 7**

<sup>1</sup> Die Anmeldung des Anspruchs auf Familienzulagen hat auf den von der Familienausgleichskasse bezeichneten Anmeldeformularen zu erfolgen. Anmeldung

<sup>2</sup> Die Arbeitnehmenden haben die Anmeldung über die Arbeitgebenden einzureichen.

<sup>3</sup> Selbstständigerwerbende haben die Anmeldung ungeachtet der Kassenzugehörigkeit der Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden einzureichen.

<sup>4</sup> Die Antragstellenden haben auf Verlangen der Familienausgleichskasse die Zulagenberechtigung mit amtlichen Dokumenten nachzuweisen. Sind diese nicht in einer schweizerischen Amtssprache abgefasst, kann die Familienausgleichskasse eine amtlich beglaubigte Übersetzung verlangen.

**Art. 8**

<sup>1</sup> Jede wesentliche Änderung in den für eine Leistung massgebenden Verhältnissen ist von den arbeitnehmenden Bezügerinnen und Bezüger, ihren Angehörigen oder Dritten, denen die Leistung zukommt, der zuständigen Familienausgleichskasse und dem Arbeitgebenden umgehend schriftlich zu melden. Meldepflicht

<sup>2</sup> Erhalten die Arbeitgebenden Kenntnis davon, dass sich die für die Leistung massgebenden Verhältnisse geändert haben, so ist dies der zuständigen Familienausgleichskasse umgehend schriftlich zu melden.

<sup>3</sup> Jede wesentliche Änderung in den für eine Leistung massgebenden Verhältnissen ist von den selbstständigen Bezügerinnen und Bezüger, ihren Angehörigen oder Dritten, denen die Leistung zukommt, der zuständigen Familienausgleichskasse umgehend schriftlich zu melden.

**Art. 9**

<sup>1</sup> Die Arbeitgebenden haben die Kinderzulagen in der Regel monatlich auszusahlen. Kommen sie ihren Pflichten nicht nach, richtet die Familienausgleichskasse die Zulagen selbst aus. Auszahlung durch die Arbeitgebenden

<sup>2</sup> Zahlen die Arbeitgebenden die Zulagen mit dem Lohn aus, haben sie diese ziffernmässig auszuscheiden und als solche zu bezeichnen.

**Art. 10**

<sup>1</sup> Anspruch auf Rückvergütung für ausbezahlte Familienzulagen besteht nur, wenn und soweit die Familienausgleichskasse Leistungen verfügt hat. Rückvergütung für ausbezahlte Familienzulagen

<sup>2</sup> Die Rückvergütung erfolgt in der Regel zu den für die Beitragszahlung massgebenden Terminen.

<sup>3</sup> Während des Jahres werden die Leistungen aufgrund der verfügten Zulagen oder aufgrund früherer Abrechnungen festgelegt.

<sup>4</sup> Die provisorisch festgesetzten Leistungen werden aufgrund der endgültigen Angaben der Arbeitgebenden nach dem Ende der Abrechnungsperiode in Form einer Differenzzahlung oder Rückforderung abgerechnet. Vorbehalten bleibt die Verrechnung.

#### Art. 11

Auszahlung an  
Selbstständig-  
erwerbende

Die Zulagen an Selbstständigerwerbende sind in der Regel quartalsweise auszuzahlen. Sie können in der Höhe der geschuldeten Beiträge mit diesen verrechnet werden.

### III. Organisation

#### Art. 12

Anerkannte  
Abrechnungs-  
stellen

Die anerkannten Abrechnungsstellen liefern der SVAG die von dieser einverlangten Auskünfte, Unterlagen, Berichte und statistischen Angaben.

#### Art. 13

Revision der  
privaten  
Familienaus-  
gleichskassen

<sup>1</sup> Die privaten Familienausgleichskassen haben eine unabhängige Revisionsstelle zu bezeichnen.

<sup>2</sup> Der Revisionsbericht hat darüber Auskunft zu geben, ob die Kasse Gewähr für eine geordnete und gesetzmässige Tätigkeit bietet und ob die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven vorhanden sind.

#### Art. 14

Kontrolle der  
Anschlusspflicht

Die privaten Familienausgleichskassen haben der SVAG eine Liste aller ihr angeschlossenen Arbeitgebenden einzureichen und Änderungen im Mitgliederbestand laufend zu melden.

### IV. Finanzierung und Lastenausgleich

#### Art. 15

Beitragsätze

<sup>1</sup> Die der Familienausgleichskasse des Kantons Graubünden angeschlossenen Arbeitgebenden leisten einen Beitrag von 1.80 Prozent des AHV-beitragspflichtigen Einkommens der Arbeitnehmenden.

<sup>2</sup> Die bezugsberechtigten Selbstständigerwerbenden leisten einen Beitrag von 2.4 Prozent des AHV-beitragspflichtigen Einkommens.

<sup>3</sup> Die Familienausgleichskassen für Arbeitnehmende leisten einen Beitrag von 0.10 Prozent der von ihren Mitgliedern im Kanton Graubünden ausgerichteten AHV-beitragspflichtigen Lohnsumme an die Zulagen für die Selbstständigerwerbenden.

**Art. 16**

Die Beiträge der Selbstständigerwerbenden werden in der Regel aufgrund der AHV-Beitragsverfügung für das Bezugsjahr festgesetzt. Ist die AHV-Beitragsverfügung für das Bezugsjahr noch nicht definitiv, so gilt provisorisch die jüngste Akontobeitragsverfügung.

Festsetzung der Beiträge

**Art. 17**

<sup>1</sup> Als weitere anrechenbare Erträge und Aufwendungen gelten:

Lastenausgleich

- a) Abschreibungen, Herabsetzungen und Erlasse von Beiträgen;
- b) Abschreibungen und Erlasse von Rückerstattungsforderungen;
- c) Abschreibungen von Verzugszinsen auf Beiträgen;
- d) Vergütungszinsen auf Beiträgen;
- e) Rückerstattungen von Leistungen;
- f) Nachzahlungen von abgeschriebenen Beiträgen;
- g) Nachzahlungen von abgeschriebenen Rückerstattungsforderungen;
- h) Zahlungen von Schadenersatzforderungen;
- i) Verzugszinsen auf Beiträgen.

<sup>2</sup> Die Bewertung der Aktiven und Passiven richtet sich nach den für die AHV-Ausgleichskassen geltenden Richtlinien.

<sup>3</sup> Die privaten Familienausgleichskassen liefern der SVAG die von dieser einverlangten Auskünfte und Unterlagen.

<sup>4</sup> Die Ausgleichsabgabe beträgt 0.04 Prozent der beitragspflichtigen Lohnsummen.

**V. Schlussbestimmungen****Art. 18**

Die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Familienzulagen vom 21. Mai 2002<sup>1)</sup> werden aufgehoben.

Aufhebung  
bisherigen Rechts

**Art. 19**

Diese Ausführungsbestimmungen treten zusammen mit dem Gesetz über die Familienzulagen in Kraft<sup>2)</sup>.

In-Kraft-Treten

<sup>1)</sup> AGS 2002, KA 2002\_3866 und Änderung AGS 2003, KA 2003\_3848

<sup>2)</sup> Mit RB vom 1. Juni 2004 auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt.





## Legge sugli assegni familiari (LAF)

accettata dal Popolo l'8 febbraio 2004<sup>1)</sup>

---

### I. Disposizioni generali

#### Art. 1

<sup>1</sup> A parziale compensazione degli aggravii finanziari causati dalla famiglia la presente legge prevede il versamento di assegni familiari alle persone esercitanti attività lucrativa. Scopo

<sup>2</sup> Gli assegni familiari per le risp. i dipendenti costituiscono un complemento del salario. Essi non possono in alcun modo influire sullo stesso.

#### Art. 2

<sup>1</sup> Sono assoggettati alla legge:

- a) le datrici risp. i datori di lavoro con domicilio civile o commerciale nel Cantone dei Grigioni che impiegano stabilmente o temporaneamente una risp. uno o più dipendenti;
- b) le datrici risp. i datori di lavoro senza domicilio civile o commerciale nel Cantone dei Grigioni, ma che impiegano nel territorio cantonale dipendenti in una succursale o in uno stabilimento d'impresa;
- c) su richiesta coloro che esercitano un'attività lucrativa indipendente come professione principale con domicilio civile o commerciale nel Cantone dei Grigioni. Se viene richiesto l'assoggettamento, esso dura almeno fino al momento in cui la risp. il figlio che determina il diritto abbia compiuto il sedicesimo anno di età o fino alla cessazione dell'attività lucrativa indipendente.

Persone  
assoggettate

<sup>2</sup> Non sono assoggettate risp. assoggettati alla legge le datrici risp. i datori di lavoro e coloro che esercitano un'attività lucrativa indipendente nel settore agricolo nonché le amministrazioni e le aziende federali.

#### Art. 3

Per quanto la presente legge non stabilisca diversamente, vengono applicate per analogia le norme della legge federale sulla parte generale del diritto delle assicurazioni sociali (LPGA)<sup>2)</sup> e della legge federale sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti (LAVS)<sup>3)</sup>.

Legislazione  
sussidiaria

---

<sup>1)</sup> M del 1° lug. 2003, 85; PGC 2003/2004, 390

<sup>2)</sup> RS 830.1

<sup>3)</sup> RS 831.10

Quest'ultima soprattutto con riferimento alle disposizioni sulla responsabilità civile della datrice risp. del datore di lavoro ed i reati punibili.

## II. Assegni familiari

### Art. 4

Genere e quota

<sup>1</sup> L'assegno familiare è un assegno per i figli per ogni figlia risp. figlio che non abbia ancora compiuto il sedicesimo anno d'età. Il limite d'età è di 20 anni per le risp. i figli che sono inabili ad esercitare un'attività lucrativa e che non percepiscono alcuna rendita d'invalidità ai sensi della legge federale sull'assicurazione per l'invalidità.

<sup>2</sup> Per i figli in formazione il diritto agli assegni sussiste finché la formazione possa essere regolarmente conclusa, al massimo però fino al venticinquesimo anno compiuto.

<sup>3</sup> La quota minima dell'assegno familiare ammonta al mese a

- a) 175 franchi per figli che non hanno ancora compiuto il sedicesimo anno d'età;
- b) 200 franchi per figli che hanno compiuto il sedicesimo anno d'età (assegno per la formazione).

<sup>4</sup> Se la situazione finanziaria della cassa di compensazione per gli assegni familiari lo permette, il Governo è autorizzato ad aumentare le quote minime. Il Governo verifica periodicamente l'adeguamento al rincaro delle quote minime.

### Art. 5

Figli che determinano il diritto ad assegni

<sup>1</sup> Le persone aventi diritto agli assegni li ricevono per:

- a) i propri figli e per i figli adottivi;
- b) per altri figli al cui mantenimento provvedono in misura preponderante.

<sup>2</sup> Il diritto agli assegni familiari comincia il primo giorno del mese in cui la figlia risp. il figlio nasce e si estingue alla fine del mese in cui vengono meno i relativi presupposti.

### Art. 6

Presupposti e durata del diritto

<sup>1</sup> Hanno diritto agli assegni familiari:

- a) le risp. i dipendenti al servizio di una datrice di lavoro assoggettata risp. un datore di lavoro assoggettato alla presente legge, se il grado d'occupazione raggiunge almeno il 20 per cento dell'orario di lavoro usuale e se viene percepito un salario usuale per il settore. Due o più tempi di lavoro parziali inferiori al 20 per cento possono essere addizionati.

b) le persone esercitanti attività lucrativa indipendente assoggettate alla presente legge.

<sup>2</sup> Se una o un dipendente soddisfa i requisiti per il grado d'occupazione minimo contemporaneamente presso due o più datrici risp. datori di lavoro oppure lei o lui soddisfa le pretese sommando i tempi di lavoro parziali, l'assegno va ritirato tramite la datrice risp. il datore di lavoro da cui si percepisce il salario più elevato. Il diritto quale persona esercitante un'attività lucrativa indipendente prevale su quello della risp. del dipendente.

<sup>3</sup> Il diritto agli assegni inizia e si estingue:

- a) con il diritto al salario della risp. del dipendente;
- b) con l'inizio e l'abbandono di un'attività lucrativa indipendente.

#### Art. 7

<sup>1</sup> Gli assegni familiari per i figli residenti all'estero vengono versati soltanto su riserva del diritto di reciprocità nonché in proporzione al potere d'acquisto del rispettivo paese. Il diritto si estingue in ogni caso alla fine del mese in cui la figlia risp. il figlio compie il sedicesimo anno d'età. Figli all'estero

<sup>2</sup> Restano riservati i trattati internazionali.

#### Art. 8

<sup>1</sup> Se più persone soddisfano per la stessa figlia risp. lo stesso figlio i presupposti per il diritto agli assegni familiari in base alla presente legge, può essere accordato un solo assegno familiare. In tal caso il diritto a quest'ultimo spetta nell'ordine: Concorso di diritti

- a) alla persona cui è stata assegnata la custodia della figlia risp. del figlio;
- b) alla persona designata dagli aventi diritto, se la figlia risp. il figlio è affidata risp. affidato alla loro custodia comune;
- c) alla persona che provvede in prevalenza al mantenimento della figlia risp. del figlio.

<sup>2</sup> Se per una figlia risp. un figlio vengono versati assegni sulla base di un'altra regolamentazione di legge, questi vengono considerati negli assegni accordati in base alla presente legge.

<sup>3</sup> Restano riservate le disposizioni nei trattati internazionali e negli accordi intercantionali.

#### Art. 9

<sup>1</sup> Il diritto agli assegni familiari va fatto valere presso la cassa di compensazione per gli assegni familiari competente. Il Governo disciplina le modalità di annuncio e dell'obbligo di notifica. Annuncio e versamento

<sup>2</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari stabiliscono gli assegni familiari. Le datrici risp. i datori di lavoro versano gli assegni alle risp.

ai dipendenti secondo le disposizioni della cassa di compensazione per gli assegni familiari competente.

<sup>3</sup> Le persone aventi diritto ad assegni che per sentenza giudiziaria sono tenute a versare alimenti per i figli, devono aggiungervi gli assegni familiari.

<sup>4</sup> Se la persona avente diritto agli assegni familiari non offre la garanzia di un uso appropriato degli stessi, gli assegni vanno versati a quella persona, a quell'autorità o a quell'istituzione a cui è affidata la figlia risp. affidato il figlio. Gli assegni possono essere versati alla stessa condizione anche direttamente alla figlia risp. al figlio maggiorenne in formazione.

#### **Art. 10**

Prescrizione La richiesta a posteriori di assegni familiari non percepiti è limitata agli ultimi due anni precedenti il momento in cui viene fatto valere il diritto.

### **III. Organizzazione**

#### **Art. 11**

Organi esecutivi Sono organi esecutivi:

- a) la Cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni;
- b) gli uffici di conteggio riconosciuti;
- c) le casse di compensazione per gli assegni familiari private riconosciute delle associazioni professionali;
- d) le datrici risp. i datori di lavoro.

#### **Art. 12**

Cassa cantonale <sup>1</sup> Il Cantone dirige, con la designazione di “Cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni”, una cassa cantonale quale istituto indipendente di diritto pubblico con sede a Coira. La sua gestione spetta all'Istituto delle assicurazioni sociali del Cantone dei Grigioni (IASG). Per questo deve essere indennizzato.

<sup>2</sup> Per quanto riguarda la gestione della Cassa di compensazione cantonale per gli assegni familiari l'IASG è soggetto alla stessa vigilanza da parte della Commissione amministrativa come per le altre sue attività. L'ufficio di revisione dell'IASG è al contempo ufficio di revisione della Cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni.

#### **Art. 13**

Uffici di conteggio riconosciuti Nella misura in cui si tratti di assegni familiari per dipendenti, la Cassa cantonale può incaricare dell'esecuzione della legge le casse di compensazione professionali AVS (uffici di conteggio) e stipulare i relativi contratti.

Gli uffici di conteggio devono conteggiare periodicamente con la Cassa cantonale i loro contributi e gli assegni familiari versati.

#### Art. 14

<sup>1</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari private esistenti sono riconosciute se offrono la garanzia di un'attività ordinata e conforme alla legge.

Casse di compensazione per gli assegni familiari private riconosciute

<sup>2</sup> È esclusa l'istituzione di nuove casse di compensazione per gli assegni familiari private.

<sup>3</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari private riconosciute operanti nel Cantone dei Grigioni devono presentare ogni anno all'IASG il rendiconto di gestione, il conto annuale nonché il rapporto di revisione e fornire eventuali ulteriori informazioni richieste dall'IASG sulla gestione nonché sul totale dei salari versati dai loro membri nel Cantone dei Grigioni.

<sup>4</sup> Se una cassa di compensazione per gli assegni familiari privata non soddisfa più i presupposti legali e non ristabilisce entro un termine adeguato la condizione legale, il Governo revoca il riconoscimento.

<sup>5</sup> Dopo lo scioglimento di una cassa di compensazione per gli assegni familiari privata viene utilizzato un eventuale surplus di liquidazione secondo quanto previsto dagli statuti. In assenza di una disposizione statutaria il surplus finisce nel fondo di conguaglio degli oneri.

#### Art. 15

<sup>1</sup> Devono aderire alla Cassa di compensazione cantonale per gli assegni familiari tutte le datrici risp. tutti i datori di lavoro che non sono affiliate risp. affiliati ad una cassa di compensazione per gli assegni familiari privata riconosciuta. Le persone esercitanti attività lucrativa indipendente che fanno valere il diritto agli assegni familiari, devono aderire alla Cassa cantonale indipendentemente dalla loro affiliazione ad una cassa giusta la LAVS <sup>1)</sup>.

Affiliazione a una cassa

<sup>2</sup> Devono aderire alle casse di compensazione per gli assegni familiari private le datrici risp. i datori di lavoro che fanno parte di un'associazione fondatrice.

<sup>3</sup> Le datrici risp. i datori di lavoro le cui spese d'esercizio vengono sostenute in misura preponderante dal Cantone e dai comuni, devono aderire alla Cassa cantonale di compensazione per gli assegni familiari.

<sup>4</sup> L'IASG controlla l'affiliazione alla cassa.

---

<sup>1)</sup> RS 831.10

#### IV. Finanziamento e conguaglio degli oneri

##### Art. 16

Contributi delle datrici risp. dei datori di lavoro, fondo di riserva

<sup>1</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari riscuotono dalle datrici risp. dai datori di lavoro affiliate risp. affiliati contributi in percento del reddito soggetto a contributi AVS delle risp. dei dipendenti. I contributi servono al finanziamento degli assegni familiari, delle spese amministrative, del contributo per gli assegni familiari per le persone esercitanti attività lucrativa indipendente, della tassa di conguaglio nonché per l'accrescimento di un fondo di riserva.

<sup>2</sup> Il fondo di riserva deve ammontare al minimo al 50 per cento della spesa annuale prevista. Le casse di compensazione per gli assegni familiari devono fissare annualmente la quota destinata alla riserva per i loro membri nel Cantone dei Grigioni.

<sup>3</sup> Il Governo fissa il contributo che le datrici risp. i datori di lavoro affiliate risp. affiliati alla Cassa cantonale devono versare. Tale contributo deve ammontare al massimo al 2,4 per cento della massa salariale soggetta a contributi AVS.

##### Art. 17

Contributi delle persone esercitanti attività lucrativa indipendente e delle casse

<sup>1</sup> Gli assegni familiari per le persone esercitanti attività lucrativa indipendente insieme alle spese amministrative vengono finanziati da

- a) un contributo fissato dal Governo per le persone esercitanti attività lucrativa indipendente aventi diritto agli assegni di al massimo il 2,4 per cento del reddito soggetto a contributi AVS;
- b) un contributo annuale fissato dal Governo per le casse di compensazione per gli assegni familiari per dipendenti di al massimo lo 0,25 per cento della massa salariale soggetta a contributi AVS versata dai suoi membri nel Cantone dei Grigioni.

<sup>2</sup> Deve essere tenuto un conteggio separato degli assegni familiari a persone esercitanti attività lucrativa indipendente.

##### Art. 18

Conguaglio degli oneri  
1. Tassa di conguaglio

<sup>1</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari operanti nel Cantone dei Grigioni versano ogni anno una tassa per il conguaglio degli oneri, che a sua volta alimenta un fondo di conguaglio che viene gestito dall'IASG.

<sup>2</sup> Il Governo fissa l'ammontare della tassa di conguaglio. Tale tassa ammonta al massimo allo 0,3 per cento della massa salariale soggetta a contributi.

##### Art. 19

2. 2. Contributo di conguaglio

<sup>1</sup> Le casse le cui spese computabili superano i proventi computabili ricevono un contributo di conguaglio pari alla differenza.

<sup>2</sup> Sono considerate spese computabili:

- a) gli assegni alle risp. ai dipendenti nell'ambito delle quote minime prescritte nonché altre spese del calcolo delle prestazioni e dei contributi;
- b) la tassa di conguaglio;
- c) il contributo agli assegni familiari per persone esercitanti attività lucrativa indipendente.

<sup>3</sup> Sono considerati proventi computabili i contributi delle datrici risp. dei datori di lavoro calcolati secondo la quota in vigore per la Cassa cantonale nonché altri proventi del calcolo delle prestazioni e dei contributi.

<sup>4</sup> Le casse le cui riserve il 31 dicembre superano la spesa annuale non beneficiano di un contributo di conguaglio.

#### **Art. 20**

<sup>1</sup> L'IASG riscuote le tasse di conguaglio e versa i contributi di conguaglio. 3. Attuazione

<sup>2</sup> Le spese amministrative per l'attuazione del conguaglio degli oneri vengono sostenute dal fondo di conguaglio e vanno fatturate separatamente a quest'ultimo dall'IASG.

### **V. Rimedi giuridici**

#### **Art. 21**

Contro decisioni delle casse di compensazione per gli assegni familiari gli interessati possono interporre opposizione entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione all'autorità decidente in forma scritta o – in occasione di un colloquio personale – in forma verbale. Opposizione

#### **Art. 22**

Contro le decisioni su opposizione delle casse di compensazione per gli assegni familiari può essere presentato gravame al Tribunale amministrativo del Cantone dei Grigioni entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione su opposizione. Gravame

#### **Art. 23**

<sup>1</sup> In caso di controversia relativa all'affiliazione a una cassa gli interessati possono rivolgersi al Governo. Controversie relative all'affiliazione a una cassa

<sup>2</sup> Contro la decisione del Governo può essere inoltrato gravame al Tribunale amministrativo del Cantone dei Grigioni entro 30 giorni dalla comunicazione della decisione.

**VI. Disposizioni finali****Art. 24**Disposizioni  
esecutive

Il Governo emana le necessarie disposizioni esecutive<sup>1)</sup>.

**Art. 25**Accordi  
intercantionali

Il Governo è autorizzato a concludere accordi di reciprocità con altri Cantoni per evitare conflitti di competenza. Questi possono divergere dalle presenti disposizioni in particolare in riferimento all'assoggettamento alla legge e al diritto alle prestazioni.

**Art. 26**Abrogazione del  
diritto previgente

La legge sugli assegni familiari del 26 ottobre 1958<sup>2)</sup> viene abrogata.

**Art. 27**Disposizioni  
transitorie

<sup>1)</sup> La riscossione della tassa di conguaglio e il pagamento dei contributi di conguaglio avviene per la prima volta nell'anno seguente l'entrata in vigore della presente legge sulla base delle cifre dell'anno precedente.

<sup>2)</sup> Succursali e stabilimenti d'impresa che ai sensi dell'art. 2 dell'ordinanza d'esecuzione abrogata del 26 maggio 1959<sup>3)</sup> sono affiliati ad una cassa di compensazione per gli assegni familiari di un altro Cantone, possono rimanere presso quest'ultima indipendentemente da accordi intercantionali esistenti.

**Art. 28**

Entrata in vigore

Il Governo fissa la data di entrata in vigore<sup>4)</sup> della presente legge.

---

<sup>1)</sup> CSC 548.120

<sup>2)</sup> AGS 1959, 1; modifiche secondo indice AGS

<sup>3)</sup> AGS 1959, 6; modifiche secondo indice AGS

<sup>4)</sup> Posta in vigore per il 1° gen. 2005 con DG del 1° giu. 2004



## Disposizioni esecutive della legge sugli assegni familiari (Disp. LAF)

emanate dal Governo il 1° giugno 2004

---

### I. Disposizioni generali

#### Art. 1

<sup>1</sup> I termini dipendenti, datori di lavoro e persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente si conformano alle disposizioni della legge federale su l'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti (LAVS)<sup>1</sup>.

Persone assoggettate

<sup>2</sup> Dipendenti senza datori di lavoro tenuti a versare contributi sono equiparati alle persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente.

<sup>3</sup> È considerato esercitante un'attività lucrativa indipendente a titolo principale chi provvede al proprio sostentamento e a quello della propria famiglia attingendo del tutto o in misura principale al reddito dell'attività lucrativa indipendente.

### II. Assegni familiari

#### Art. 2

<sup>1</sup> Sono considerati incapaci di esercitare un'attività lucrativa i figli che per motivi di salute non sono in grado di conseguire un reddito sufficiente o di svolgere una formazione.

Assegni familiari per figli incapaci di esercitare un'attività lucrativa

<sup>2</sup> L'incapacità di guadagno viene comprovata da un certificato medico.

#### Art. 3

<sup>1</sup> È considerata formazione un'attività volta alla preparazione sistematica ad una futura attività lucrativa e che abbia una durata di almeno un mese, segnatamente

Assegni per la formazione

- a) un apprendistato o una formazione empirica, nonché la frequenza di una scuola media;
- b) la frequenza di una scuola di ulteriore istruzione o professionale, di un istituto superiore oppure di un'università, se la frequenza scolastica ammonta ad almeno 20 ore settimanali;
- c) provvedimenti professionali dell'assicurazione invalidità.

---

<sup>1</sup>) RS 831.10

<sup>2</sup> I periodi d'attesa di una durata fino a sei mesi tra due formazioni, nonché il servizio militare svizzero o il servizio civile sostitutivo non interrompono il diritto agli assegni per la formazione.

<sup>3</sup> Viene riconosciuta una formazione all'estero, se l'apprendistato o la frequenza scolastica sono equivalenti ad una formazione in Svizzera.

#### Art. 4

Assegni familiari in caso di perdita di salario temporanea senza propria colpa

Dipendenti il cui diritto al salario si estingue temporaneamente senza propria colpa causa incapacità lavorativa, senza che il rapporto di servizio venga sciolto, hanno diritto all'intero assegno familiare per il mese in cui cessa l'obbligo di versamento del salario e per il mese della ripresa dell'attività lavorativa.

<sup>2</sup> Se l'obbligo di versamento del salario in caso di malattia viene compensato dal datore di lavoro tramite la stipulazione di un'assicurazione d'indennità giornaliera in caso di malattia, il diritto agli assegni per i figli dura fino a quando dovrebbe venire versato il salario se non vi fosse compensazione.

#### Art. 5

Quote degli assegni

<sup>1</sup> La quota minima dell'assegno per i figli ammonta al mese a:

- a) 185 franchi per figli fino al compimento del 16° anno d'età;
- b) 210 franchi per figli dopo il compimento del 16° anno d'età;

<sup>2</sup> La cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni versa la quota minima.

#### Art. 6

Figli all'estero

<sup>1</sup> Fatti salvi i trattati internazionali, le quote degli assegni per i figli con domicilio all'estero vengono calcolate in base alla differenza tra la quota minima legale e la quota rettificata in funzione del potere d'acquisto.

<sup>2</sup> Le quote corrispondono:

- a) alla quota minima legale, se la differenza è inferiore al 25 per cento;
- b) al 75 per cento della quota minima legale, se la differenza si situa tra il 25 ed il 50 per cento;
- c) <sup>1)</sup>al 50 per cento della quota minima legale, se la differenza si situa tra il 50 ed il 75 per cento;
- d) <sup>2)</sup>al 25 per cento della quota minima legale, se la differenza è superiore al 75 per cento.

<sup>3</sup> L'Istituto delle assicurazioni sociali del Cantone dei Grigioni (IASG) pubblica ogni anno un elenco delle quote.

<sup>1)</sup> Testo giusta DG del 23 nov. 2004

<sup>2)</sup> Introduzione giusta DG del 23 nov. 2004

**Art. 7**

<sup>1</sup> L'annuncio del diritto ad assegni familiari deve avvenire tramite i moduli di annuncio definiti dalla cassa di compensazione per gli assegni familiari. Annuncio

<sup>2</sup> I dipendenti devono inoltrare l'annuncio tramite i datori di lavoro.

<sup>3</sup> Le persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente devono inoltrare l'annuncio alla cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni indipendentemente dall'appartenenza alla cassa.

<sup>4</sup> Su richiesta della cassa di compensazione per gli assegni familiari, i richiedenti devono comprovare con documenti ufficiali il loro diritto agli assegni. Se i documenti non sono redatti in una lingua ufficiale svizzera, la cassa di compensazione per gli assegni familiari può richiedere una traduzione autenticata.

**Art. 8**

<sup>1</sup> Ogni cambiamento sostanziale nelle condizioni determinanti per una prestazione deve essere comunicato senza indugio per iscritto alla cassa di compensazione per gli assegni familiari competente e al datore di lavoro dal dipendente beneficiario, dai suoi parenti o da terzi cui spetta la prestazione. Obbligo di notifica

<sup>2</sup> Se i datori di lavoro vengono a conoscenza del fatto che le condizioni determinanti per una prestazione sono mutate, devono farne notifica senza indugio per iscritto alla cassa di compensazione per gli assegni familiari.

<sup>3</sup> Ogni cambiamento sostanziale nelle condizioni determinanti per una prestazione deve essere comunicato senza indugio per iscritto alla cassa di compensazione per gli assegni familiari competente dalla persona esercitante attività lucrativa beneficiaria, dai suoi parenti o da terzi cui spetta la prestazione.

**Art. 9**

<sup>1</sup> Di regola i datori di lavoro devono versare mensilmente gli assegni per i figli. Se non adempiono ai loro obblighi, gli assegni saranno versati direttamente dalla cassa di compensazione per gli assegni familiari. Versamento da parte dei datori di lavoro

<sup>2</sup> Se i datori di lavoro versano gli assegni insieme al salario, devono dichiarare l'importo in cifre e definirlo come tale.

**Art. 10**

<sup>1</sup> Il diritto al rimborso per assegni familiari versati esiste soltanto se e nella misura in cui la cassa di compensazione per gli assegni familiari ha ordinato delle prestazioni. Rimborso per assegni familiari versati

<sup>2</sup> Il rimborso avviene di regola nei giorni determinanti per il versamento dei contributi.

<sup>3</sup> Durante l'anno le prestazioni vengono stabilite sulla base degli assegni decisi o sulla base di conteggi precedenti.

<sup>4</sup> Le prestazioni stabilite provvisoriamente vengono conteggiate sulla base delle indicazioni definitive dei datori di lavoro dopo la fine del periodo di conteggio, sotto forma di pagamento della differenza o di rimborso. È fatto salvo il computo.

#### Art. 11

Versamento alle persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente

Di regola gli assegni a persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente devono essere versati trimestralmente. Essi possono essere computati con gli importi dovuti.

### III. Organizzazione

#### Art. 12

Uffici di conteggio riconosciuti

Gli uffici di conteggio riconosciuti forniscono all'IASG le informazioni, la documentazione, i rapporti ed i dati statistici da esso richiesti.

#### Art. 13

Revisione delle casse di compensazione per gli assegni familiari private

<sup>1</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari private devono designare un organo di revisione indipendente.

<sup>2</sup> Il rapporto di revisione deve contenere informazioni riguardo alle garanzie offerte dalla cassa per un'attività ordinata e conforme alla legge e riguardo alle riserve prescritte dalla legge.

#### Art. 14

Controllo dell'obbligo di affiliazione

Le casse di compensazione per gli assegni familiari private devono inviare all'IASG un elenco di tutti i datori di lavoro affiliati e notificare costantemente i cambiamenti nell'effettivo dei loro membri.

### IV. Finanziamento e conguaglio degli oneri

#### Art. 15

Aliquote contributive

<sup>1</sup> I datori di lavoro affiliati alla cassa di compensazione per gli assegni familiari del Cantone dei Grigioni versano un contributo dell'1,80 per cento del reddito soggetto all'AVS dei dipendenti.

<sup>2</sup> Le persone esercitanti attività lucrativa indipendente aventi diritto ad assegni versano un contributo pari al 2,4 per cento del reddito soggetto all'AVS.

<sup>3</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari per dipendenti versano agli assegni per le persone esercitanti un'attività lucrativa indipendente un contributo dello 0,10 per cento della massa salariale soggetta all'AVS versata dai propri membri nel Cantone dei Grigioni.

**Art. 16**

I contributi delle persone esercitanti attività lucrativa indipendente vengono di regola stabiliti sulla base della decisione di contribuzione AVS per l'anno di riferimento. Se la decisione di contribuzione AVS per l'anno di riferimento non è ancora definitiva, vale provvisoriamente la più recente decisione di contribuzione in acconto.

Determinazione  
dei contributi

**Art. 17**

Sono considerati ulteriori utili e spese computabili:

Conguaglio degli  
oneri

- a) ammortamenti, riduzioni ed esenzioni da contributi;
- b) ammortamenti ed esenzioni di pretese di rimborso;
- c) ammortamenti di interessi di mora su contributi;
- d) interessi remunerativi su contributi;
- e) rimborsi di prestazioni;
- f) pagamenti retroattivi di contributi ammortati;
- g) pagamenti retroattivi di pretese di rimborso ammortate;
- h) pagamenti di pretese di risarcimento;
- i) interessi di mora sui contributi.

<sup>2</sup> La valutazione degli attivi e dei passivi si conforma alle direttive valide per le casse di compensazione AVS.

<sup>3</sup> Le casse di compensazione per gli assegni familiari private forniscono all'IASG le informazioni e la documentazione da esso richieste.

<sup>4</sup> La tassa di conguaglio ammonta allo 0,04 per cento delle masse salariali soggette a contributi.

**V. Disposizioni finali****Art. 18**

Vengono abrogate le disposizioni esecutive della legge sugli assegni familiari del 21 maggio 2002 <sup>1)</sup>.

Abrogazione del  
diritto previgente

**Art. 19**

Le presenti disposizioni esecutive entrano in vigore unitamente alla legge sugli assegni familiari <sup>2)</sup>.

Entrata in vigore

<sup>1)</sup> AGS 2002, FUC 2002\_3866 e modifica AGS 2003, FUC 2003\_3848

<sup>2)</sup> Posta in vigore con DG del 1° giu. 2004 per il 1° gen. 2005.





